



150 Jahre SPD

**Sozialdemokraten
in Hoisbüttel und Bünningstedt**

Ein Vorwort der Ammersbeker SPD-Vorsitzenden

Liebe Leserinnen und Leser,

Das diesjährige 150-jährige Parteijubiläum der SPD ist für den SPD-Ortsverein Ammersbek der Anlass, auch die eigene Geschichte der SPD hier in Bünningstedt und Hoisbüttel zu erforschen und darzustellen.

In dieser Broschüre finden Sie Geschichte und Geschichten aus rund 100 Jahren Sozialdemokratie in der Region. Sie erfahren viel über Menschen, die die SPD vor Ort geprägt haben und die sich außerordentlich für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität engagiert haben. Die freie Entfaltung des Einzelnen, die Demokratisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen sind Ziele auch für die Zukunft geblieben. Wie ein roter Faden ziehen sich diese politischen Ziele durch die Geschichte unserer Partei bis heute. Und dabei waren es immer die vielen einzelnen Mitglieder, die aus ihren Lebenssituationen heraus die Entscheidung getroffen haben, sich nicht mit bestehenden politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnissen abzufinden, sondern sich für entscheidende Veränderungen und eine humanere Welt zu engagieren.

In ihrer langjährigen Geschichte haben sich die Menschen, die Verantwortung in der Partei in den Gemeinden und im Kreis übernommen haben, immer für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit eingesetzt. Für die SPD ist die Arbeit in den Ortsvereinen und in den Kommunen die Basis aller Aktivitäten. Sich dieser Geschichte bewusst zu werden und an diese zu erinnern, bleibt eine wichtige Aufgabe. Deshalb bitten wir alle, die vielleicht noch Unterlagen, Fotos oder Zeitzeugenberichte beisteuern können, diese uns oder dem Ammersbeker Archiv zur Verfügung zu stellen.

Eckart Kuhlwein hat für uns die Aufgabe übernommen, in Archiven zu recherchieren und alte Dokumente und Fotografien auszugraben. Das Ergebnis ist diese Broschüre, welche die Wurzeln in der Arbeiterbewegung aufzeigt. Dafür sagen wir ihm herzlichen Dank.

Rita Thönnies
SPD-Ortsverein Ammersbek

Deutschlands älteste Partei wird 150

Überall in Deutschland wird in diesen Monaten an das Jubiläum der ältesten deutschen Partei erinnert. Vor 150 Jahren gründete der Schriftsteller Ferdinand Lassalle im Leipziger „Pantheon“ den „Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein“, der später zum Grundstein der SPD wurde. Lassalle hatte sich mit Hegel beschäftigt, begrüßte den schlesischen Weberaufstand von 1844, traf sich mit Heinrich Heine, lernte 1848 auch Karl Marx und Friedrich Engels kennen und wurde Mitglied der Berliner Philosophischen Gesellschaft.

1862 sprach sich Lassalle in einem „Arbeiterprogramm“ für die Schaffung einer demokratischen Arbeiterpartei aus: "Der Arbeiterstand muss sich als selbständige politische Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu dem prinzipiellen Losungswort und Banner dieser Partei machen.“ Es war ein sozialliberaler Ansatz, der auf politische, demokratische Reformen setzte. Lassalles Grundgedanke, den Kampf für politische Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit zu verbinden, wurde zu einer Leitidee der gesamten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.

1869 wurde in Eisenach von August Bebel die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ gegründet. Die „Eisenacher“ waren eher Marxisten und predigten Klassenkampf und Revolution. In Gotha kam es dann 1875 zur Vereinigung beider Parteien als „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“. Dann folgte 1878 ein zwölfjähriges Parteiverbot durch Bismarcks Sozialistengesetze mit Verfolgungen und Unterdrückung. Im Oktober 1890 gründete sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und beschloss ein Jahr später das bemerkenswerte Erfurter Programm, in der Analyse mit Grundlagen bei Karl Marx, im operativen Teil dagegen ein pragmatisches Zehn-Punkte-Reformprogramm für die Tagespolitik.

In der SPD von heute gibt es zwar keine Revolutionäre mehr, wohl aber zwei Flügel, die sich darin unterscheiden, dass die einen eher ungeduldig an der schnellen Umsetzung der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität arbeiten, während die anderen eher bereit sind, tagespolitische Kompromisse zu schließen. Aber beide haben sich im Hamburger Grundsatzprogramm von 2007 darauf verständigt, dass der „demokratische Sozialismus“ für die SPD „die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft“ bleibt, deren Verwirklichung für sie eine dauernde Aufgabe ist. Und das macht wohl den Charakter der „Volkspartei“ SPD aus. Auch wenn öffentlicher Streit in Parteien um

den richtigen Weg in der heutigen Mediengesellschaft eher von Nachteil ist.

Unter der Führung von Otto Wels war im März 1933 die SPD im Reichstag die einzige Fraktion, die Hitlers Ermächtigungsgesetze ablehnte und anschließend – wie vorher schon die Kommunisten – in die KZs eingewiesen wurde. Seine Worte haben sich in die Geschichte eingepägt: „Freiheit und Leben, kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Der Makel ihrer Zustimmung zum Aufstieg der Nazis haftet noch heute den Erben der sich selbst so nennenden „bürgerlichen Parteien“ an.

Der größte Sozialdemokrat in der Geschichte ist aber Willy Brandt – der in diesem Jahr hundert geworden wäre. Er hat als Bundeskanzler, gegen viele Widerstände aus der Union, die Aussöhnung mit Osteuropa und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten vorbereitet.

Ammersbek im April 2013

Eckart Kuhlwein

150 Jahre SPD und Ammersbek gehört dazu

Wann gab es wohl die ersten „sozialdemokratischen Umtriebe“ in den Dörfern, die heute die Gemeinde Ammersbek bilden? Die Quellenlage ist nicht ganz einfach. Der Oldesloer Klaus Klingner, Ex-Justizminister in Kiel, der Heimatforscher Klaus Tim aus Ammersbek, der frühere Reichstagsabgeordnete Louis Biester aus Hoisbüttel und der Historiker Hans-Jürgen Perrey (Trittau) haben einiges dazu aufgeschrieben. Und spätestens 1920 gab es in Hoisbüttel einen SPD-Ortsverein. Biester nennt in seinen Erinnerungen Wilhelm Klostermann als Kontakt und als Tagungsort Clasens Gasthof.

Louis Biester trat für Sozialisierung ein

Die Enttäuschung über die in der Weimarer Republik verlorene Revolution ließ den in Arbeiter- und Soldatenräten geschulten Sozialdemokraten Louis Biester immer wieder radikale Forderungen stellen. So kam auf dem Kasseler Parteitag der SPD ein Antrag aus Hoisbüttel, in dem ein „Aktionsprogramm“ gefordert wurde, „das sich ausspricht für rücksichtslosen Klassenkampf zur Erzwingung sofortiger Sozialisierung der großen Betriebe in Industrie und Landwirtschaft, für eine sozialistische Regierung und gegen jede Koalition mit dem Bürgertum, wenn nicht auch eine Beteiligung der übrigen sozialistischen Parteien erfolgt“.

SPD-Wähler auch schon in der Kaiserzeit

SPD-Wähler gab es in Stormarn allerdings schon in der Kaiserzeit im 19. Jahrhundert. So wählte am 28. Oktober 1884 die Mehrheit der 20.849 Wähler im Altona-Stormarner Wahlkreis den Sozialdemokraten Karl Frohme in den Reichstag. Zu diesem Wahlkreis gehörte auch Hoisbüttel. Es war der erste Wahlkreisgewinn seit der Bismarck'schen Sozialistenverfolgung im Lande, eine Verfolgung, die für Frohme Gefängnis und Verbot seiner Schriften wie seiner Redakteurstätigkeit bedeutete. Trotzdem erlangte er bei den folgenden Reichstagswahlen mit immer höheren Stimmzahlen das Vertrauen der Wähler in Altona, Stormarn und Wandsbek. Nach dem Zusammenbruch des Wilhelminischen Kaiserreichs wirkte er dann noch bis 1924 als schleswig-holsteinischer Reichstagsabgeordneter am Aufbau der Weimarer Republik mit. Das Wahlergebnis für Frohme war allerdings sehr gemischt. Die Mehr-



Karl Frohme, 1884 im Reichstag für Altona und Stormarn

heit beruhte in erster Linie auf den 7.961 Altonaer und den 1.544 Wandsbeker Stimmen, während die Stadt Bad Oldesloe ganze 62 und der Landbezirk 1.203 sozialdemokratische Stimmen brachten. Dort gab es absolute SPD-Mehrheiten in Barsbüttel, Bramfeld, Hinschenfelde, Lohbrügge, Meilsdorf, Oststeinbek, Sande, Schiffbek und relative Mehrheiten in Ahrensburg, Glinde, Lütjensee, Oejendorf und Rade. In 18 Dörfern wollte oder konnte niemand sozialdemokratisch wählen, wo zu anzumerken ist, dass das Wahlverfahren eine Kontrolle des Wahlverhaltens leicht machte. Hochburgen der „Deutschfreisinnigen“ – einer linksliberalen Reformpartei - waren Hoisbüttel mit 46 von 47, Willinghusen mit 26 von 27 und Alt-Rahlstedt mit 61 von 67 Stimmen. Grabau und Wolkenwehe wählten ausschließlich nationalliberal.

Parteipropaganda im Einwickelpapier

Sozialdemokraten hat es in Hoisbüttel schon vor dem ersten Weltkrieg gegeben. Wenn diese organisiert waren, sicher nicht in einem Hoisbütteler Ortsverein. Vielleicht in Bramfeld oder in Bergstedt? Klaus Tim hat ein Schreiben des Amtsvorstehers Dreyer an den „Herrn Landrat“ von Stormarn vom 22.7.1901 ausgegraben:

„... dass sich im hiesigen Amtsbezirk ein Kaufmann H. Blöhse – Hoisbüttel befindet, der stets anliegende Aufrufe und noch sonstige Mitteilungen der sozialistischen Parteien Hamburgs als sogenanntes "Einwickelpapier" in seinem Laden zu Geschäftszwecken benutzt. Es muss vermutet werden, dass er stets dieses Papier führt und allwöchentlich neues aus der Großstadt mitbringt, dass er diesen Vertrieb der Aufrufe p.p. unter die Landbevölkerung übernommen, wo möglich gegen Vergütung ausübt.

Wenn anliegender Aufruf auch nur an die Einwohner Hamburgs gerichtet, so ist doch nicht ausgeschlossen, dass durch diese verdeckte[?] Anwerbung von Parteigenossen zur Socialdemokratie, diese immer weiter ins Preußische Gebiet wo[?] sie[?] noch nicht stark vertreten, hineinwuchert, wie ein giftiger Pilz der[?] die entlegensten Häuser trifft, auf diese Art. Der Landbewohner, der friedlich lebt, bekommt dann und wann eins dieser alles versprechenden Blätter zu Gesicht, er legt dasselbe zurück, in der Mußestunde liest er es, und Unzufriedenheit kehrt ein bei ihm; er sammelt sich in den Reihen der Umsturzpartei, tut alles, was ihm geheißen wird, seitens der Parteileiter, erwirbt und erstrebt noch immer mehr Freunde für seine Partei. Es wird um Auskunft darüber ergebnst gebeten, ob etwas gegen diese Verbreitung, nach dortiger Ansicht, zu machen ist.“

Agitationsmaterial als Einwickelpapier bei einem Höker
in Hoisbüttel: Gefahr für die Landbevölkerung!

Arbeiter!

Parteigenossen!

Achtung!

Jeder, der von der Richtigkeit der sozialdemokratischen Idee überzeugt ist, jeder, der die Notwendigkeit erkannt hat, daß die Arbeiterklasse sich endlich Freiheit und Gleichberechtigung erkämpfen muß, hat die Pflicht, dem sozialdemokratischen Verein beizutreten.

Nur durch festen Zusammenschluß werden wir eine Macht, nur durch Organisation können wir weiteren Angriffen auf Volksrechte begegnen und eine bessere Zukunft für den geknechteten und ausgebeuteten Teil der Menschheit erobern.

Als Vertreterin der Arbeiterklasse kommt nur die Sozialdemokratie in Betracht. Moralische Pflicht eines jeden Arbeiters ist es deshalb, sich der Parteiorganisation anzuschließen.

Darum sei jeder dieser seiner Pflicht eingedenk und fülle aus:

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Sozialdemokratischen Verein.

Name:

Geboren am 18

Beruf:

Wohnung:

Bezahlt sind: Eintrittsgeld §, Beitrag für Monat

Bille wenden!

Johann Eduard Dreyer war von 1868-1906 Gutsbesitzer in Hoisbüttel und vermutlich seit der Bildung des Amtes Bergstedt 1888 - zu dem Hoisbüttel bis 1937/38 gehörte - auch dessen Vorsteher. (Jochim) Hinrich Blöhse (1852-1940) war bis 1909 Krämer in Hoisbüttel - danach übernahm sein Sohn (Heinrich) Andreas das Geschäft, das bis ca. 1964 bestanden hat.

Dreyer meldete dann am 27. Februar 1902:

„... dass hierselbst ein socialdemokratische Gesinnungen verfolgender Verein z.Zt. noch nicht, soweit hier bekannt, besteht. In dem nahegelegenen Wohldorf-Ohlstedt hat sich in letzter Zeit ein Zweigverein des Verbandes der Land- und Fabrik-Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands gegründet, der seine Mitglieder auch im hiesigen Amtsbezirk hat, jedoch von einer öffentlichen Agitation bisher abgesehen hat.

„Agitatoren“ vor der Musterung melden!

Aus Unterlagen des Amtes Bergstedt mit Schriftverkehr zwischen diesem Amt und dem Kreis stammt die Nennung von Personen aus Hoisbüttel, die bereits vor ihrer Musterung für das Militär durch sozialdemokratische Agitation, Organisation oder Führung aufgefallen waren. Wie Klaus Tim ermittelt hat waren das der Zigarrenmacher Paul Ludwig Dittmann aus dem Wulfsdorfer Weg (gefallen bereits 1916), der Landwirt Friedrich Wilhelm Hüttscher aus der Hamburger Straße (gefallen 1914), Heinrich Friedrich Robert Fick (Sohn eines Milchkutschers aus der Lehmkuhle), der Maurer Detlef Albert August Schween, Gustav Adolf Meins, Franz Hans Hinrich Gerken, Albert Carl Kock und der Landwirt Emil Friedrich Ferdinand Schneider (An der Bredenbek).

Rote Taschentücher und die „August-Bebel-Allee“

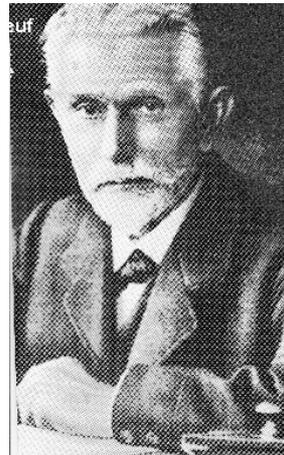
Erinnerungen gibt es von Gertrud Neumann an ihre Mutter Paula Grimm und ihren Großvater Olsen, der vor 1900 als Sozialdemokrat aus Schweden auswandern musste und 1902 in Lübeck seinen Gesellenbrief als Müller erwarb. Olsen siedelte sich in Hoisbüttel an und arbeitete dort in der Mühle. „Mein Großvater war immer aktiv in der SPD. Als Erken-

Paula Grimm, Mitglied der Gemeindevertretung in Hoisbüttel.



nungszeichen trug man damals ein rotes Taschentuch. Das war dem Müller gar nicht recht, also steckte Großvater es wieder in die Tasche zurück, um es dann bei nächster Gelegenheit wieder herauszuziehen.“ Gertrud Neumanns Mutter trat 1946 in die SPD ein und gehörte bis 1948 der ersten Gemeindevertretung nach dem Krieg an. Sie engagierte sich für die zahlreichen Flüchtlinge in der Gemeinde, organisierte Kleiderverteilung und sorgte für Lebensmittel. Und die Familie war mit Louis Biester befreundet, der nebenan im Wulfsdorfer Weg wohnte.

August Bebel wurde Namensgeber für den Wulfsdorfer Weg.



Übrigens: Am Wulfsdorfer Weg wohnten in den Zeiten der Weimarer Republik viele Sozialdemokraten, wohl auch Kommunisten. Im Volksmund nannte man die Straße damals gern „August-Bebel-Allee“.

Louis Biester aus Hoisbüttel im Reichstag

Die Geschichte der Ammersbeker SPD lässt sich nicht schreiben, ohne an den Reichstagsabgeordneten Louis Biester aus Hoisbüttel zu erinnern. Der heutige Ammersbeker Ortsteil Hoisbüttel gehörte bis zum Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 zum preußischen Amt Bergstedt. 1937 wurden die bis dahin schleswig-holsteinischen Gemeinden Bergstedt, Billstedt, Bramfeld, Duvenstedt, Hummelsbüttel, Lemsahl-Mellingstedt, Lohbrügge, Poppenbüttel, Rahlstedt, Sasel, Steilshoop und Wellingsbüttel der Hansestadt Hamburg zugeschlagen.

Louis Biester wurde 1882 als Bauernsohn in Wenden im Landkreis Nienburg/Weser geboren. Er absolvierte das Lehrerseminar in Stade, arbeitete als Lehrer und Privatlehrer, war 1914 bis 1916 Soldat, dann wegen einer Krankheit als „nur garnisonsfähig“ ausgemustert, wurde 1919 Vorsitzender des „Sozialistischen Lehrerbundes“ in Hamburg. 1919 zog er mit seiner Familie von Allermöhe nach Hoisbüttel und wurde Stormarner Politiker. 1924 fungierte er als Amtsvorsteher des Amtes Bergstedt und Gemeindevorsteher in Hoisbüttel, war von 1920 bis 1933 auch Mitglied des Stormarner Kreistags und von 1924-1933 Reichstagsabgeordneter. In der NS-Zeit wurde er mehrfach eingesperrt. Im Juni 1933 Verhaftung, zunächst Polizeigefängnis in Altona, dann Gefängnis Fuhlsbüttel, Juli 1933 bis Januar 1934 KZ Lichtenburg, August 1944 bis September 1944 im KZ Bremen-Farge, seit 1940 arbeitete er als Landwirt in Teufelsmoor, nachdem er aus Stormarn aus-

gewiesen worden war. Biester war nach dem Krieg noch als Kommunalpolitiker im Kreis Osterholz aktiv. Sein Sohn Rudolf und seine Schwiegertochter Grete haben für die Hoisbüttler SPD noch viele Jahre in der Gemeindevertretung gearbeitet.

Biester verteidigt die Republik

Große Spuren hat Louis Biester im Kampf für die Weimarer Republik gegen Rechtsaußen und Linksaußen hinterlassen. Am 13. März 1920



Louis Biester im Reichstag von 1924-1933.

putschten Freikorps unter Führung des preußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp und des kommandierenden Generals Walther Freiherr von Lüttwitz gegen die von SPD, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei (DDP) mit dem Reichskanzler Gustav Bauer (SPD) getragene Reichsregierung. Auslöser war die im Versailler Vertrag vereinbarte Reduzierung der Reichswehr von 250.000 auf 100.000 Mann, was die inzwischen in „Freikorps“ organisierten frustrierten nationalistisch gesinnten Kriegsverlierer zum Aufstand gegen die Republik reizte, weil sie ihre Felle weschwimmen sahen.

Der Kapp-Putsch und die Lage in Stormarn

Louis Biester, damals Vorsitzender der von ihm gegründeten Stormarner SPD, fühlte sich durch die putschenden Freikorps herausgefordert. Die „Heimwehr“ in Südstormarn war damals stark mit Sozialdemokraten durchsetzt. Biester begann damit, die Sozialdemokraten innerhalb der Heimwehr in festen Verbänden zusammenzufassen, zu Gruppen in Kompanieform. Vom Tambour bis zum Kompanieführer war alles geordnet. In Hamburg war unter Adje Biedermann die "Vereinigung Republik" geschaffen. Zur Deckung nannte man sie "Rothenburgsorter Ruderverein „R.R.V.“



Biester hatte Heimwehrwaffen, Gewehre, Munition, sogar Maschinengewehre beschafft. Jeder hatte ein Gewehr nach

Teile der Armee wollten 1920 gegen die Regierung von Gustav Bauer (SPD) putschen.

Schweizer Muster mit 10 Schuss Munition im Hause. Er analysierte, dass der R.R.V. zwar Mut hatte, aber keine Waffen. In Lohbrügge – Billstedt - Alstertal standen die Kompanien fertig da. Bramfeld schloss sich an Hamburg an, sodass es dort keine Waffen gab. Das war auch nicht notwendig, da dort auch das „Bürgertum“ weitgehend die Beteiligung am Kapp-Putsch ablehnte. In Oldesloe war der Aufbau noch nicht fertig, wohl aber bestand eine Eisenbahnergruppe, die den Auftrag hatte, im Falle eines Putsches den Eisenbahnverkehr stillzulegen. Vier Tage hatte der „Kreisausschuss zur Abwehr“, in dem neben Sozialdemokraten auch Kommunisten und Demokraten saßen, und dessen Vorsitzender Biester war, die Herrschaft im Kreis. Und die Abwehr funktionierte ohne Blutvergießen.

Die Heimwehr in Bergedorf, an der die SPD nicht beteiligt war, erklärte, sie würde die „Roten“ zu Paaren treiben. Die Lohbrügger wollten wissen, wie sie sich verhalten sollten. Vorläufig nichts, als heimlich alarmieren, riet Biester. Die Kompagnie habe am Morgen marschfähig auf dem Sande zu stehen, Patronengürtel umgehängt, Spielleute vor der Front und wenn möglich eine Kapelle. Sie würden durch Bergedorf ziehen. Am nächsten Morgen ließ Biester präsentieren, damit die Zuschauer aus Bergedorf einen guten Eindruck von dem soldatischen Wert der Truppe bekämen. In der Stadt patrouillierten einige Heimwehrlaute, die wie der Blitz verschwanden, als sie die Kompagnie alter Soldaten mit Musik davor in Bergedorfe einziehen sahen.

In Rahlstedt war die Heimwehr stark und schwer bewaffnet und kappistisch eingestellt. Sie drohte den SPD-Genossen mit einer schweren Abrechnung nach dem Sieg der Kappleute. Von Oldesloe kam die Nachricht, dass die Ratzeburger Jäger im Anrücken seien. Es seien zwar die Weichen verstellt, aber die Truppe habe Eisenbahner unter sich, so dass sie wohl durchkommen könnten. Biesters Leuten gelang es, der Rahlstedter Heimwehr die Waffen ohne Kampf abzunehmen. Gruppenweise wurden die Heimwehrmitglieder besucht. Am anderen Morgen wurde gemeldet: Bis auf zwei Gewehre alle erfasst und dem Genossen Staller übergeben. Dann hieß es, die Ratzeburger Jäger seien da.

Die zaghaften Ratzeburger Jäger

Die Jäger hatten zum Glück bereits einen Schock in Oldesloe hinter sich. Dort waren nämlich die Weichen verstellt worden. Und nun waren hier die Geleise aufgerissen und die beabsichtigte Fahrt bis Wandsbek verhindert. Die Offiziere waren blutjung, unter den Jägern jedoch viele

ältere Männer, die anscheinend längst die Nase voll hatten. Der Zug hielt an der Barriere der Straßenkreuzung nach Wandsbek. Die Offiziere studierten die Karten, ein Stabsfeldwebel stand vor der Sperre und schrie: „Auseinandergehen oder es wird geschossen.“ Niemand kümmerte sich darum. In die erste Etage des gegenüberliegenden Hauses hatte Biester zwei bewaffnete Tonndorfer geschickt, und sie angewiesen, deutlich ihre Gewehre durchs geöffnete Fenster zu zeigen. Auch das waren alte Soldaten, die wussten, wie es gemacht wurde.

In Hamburg sei ein kommunistischer Aufstand, den wir niederschlagen sollten, meinte der Stabsfeldwebel. Darauf Biester: Die republikanische Regierung in Hamburg sei und bleibe unangefochten. In Harburg hätten die Arbeiter ein Kappregiment wie tolle Hunde zusammengeschlagen, in Hamburg kappistische Truppen, die vorübergehend das Rathaus besetzt hätten, zusammengehauen und die Aufrührer in die Flotte geworfen.

Die Jäger zogen zunächst ungehindert zum Biwak in Richtung Meiendorf ab. Biester sagte seinen jungen Genossen, sie sollten den Jägern die grauenhaftesten Geschichten über die Kämpfe in Hamburg erzählen. Die Soldaten würden bis Meiendorf „weich sein“ und ihre Maschinengewehre sein lassen und tanzen gehen. Dann sollten sie die Gewehrschlösser herausnehmen. Die Jäger, der Feldwebel voran, hatten dann ihre Offiziere in ein Zimmer eingeschlossen und sich zur Umkehr entschlossen. Sie ließen fragen, ob sie über Rahlstedt wieder mit ihren Waffen ungehindert zurückziehen könnten. Wenn sie aus Rahlstedt zurück wären, sollten sie ihre MG-Schlösser wieder haben.

Die „Sowjetrepublik Bargteheide“

In Bargteheide hatte die SPD eine gute, nach Biesters Meinung aber „schlappe“ Ortsgruppe, die Kommunisten dagegen hatten eine kleine, aber aktive Gruppe, die getreulich allen Anweisungen ihrer Zentrale folgte. Bevor Biesters Leute tätig wurden, waren die anscheinend früher unterrichteten Kommunisten schon in Bewegung und richteten wie immer „humorvollen Unsinn“ an. Der Amtsvorsteher Wuth sei von den Kommunisten gefangen genommen und eingesperrt, der Bürgermeister abgesetzt und die Sowjetrepublik Bargteheide ausgerufen, hieß es. Biester rief beim Gastwirt Clasen in Hoisbüttel an und bat, er möge Wilhelm Klostermann einmal ans Telefon rufen. Klostermann solle mit einigen Leuten hingehen und „die Sowjetrepublik auflösen“.

Gegen Morgen rief Klostermann zurück: "Die K.P.D. hatte in der Tat in

der Nacht Wuth festgesetzt, den Bürgermeister abgesetzt und die Sowjetrepublik ausgerufen. Die Sowjetrepublik aber schlief, als die Hoisbütteler ankamen. „Nur ein paar Lümmel hatten Gewehre umgehängt und lärmten. Sie waren nicht schlecht erschrocken, als wir plötzlich auftauchten und Hände hoch riefen,“ berichtete Klostermann. Sie folgten sofort und gaben ohne zu Mucksen ihre Gewehre ab. „Sowjetkommissar“ Pfeifer war ein zerknirschter Mann und versprach, nichts mehr zu unternehmen. Diese Harlekinade hing später noch lange den Bargtheidern an. Und wenn Pfeifer in einer Versammlung den Mund auftrat, rief bestimmt einer über den Saal: "Na, Herr Sowjetkommissar, wann kommt die nächste Sowjetrepublik Bargtheide?" Und sie kam in der Tat das zweite Mal beim Kommunistenputsch 1923.

Nach vier Tagen war der Spuk zu Ende. Biester war auf dem Parteibüro Hamburg, als von Berlin die Nachricht kam, der Putsch sei erledigt. Der Generalstreik aufgehoben und die Heimwehren seien aufgelöst und auch unsere Abwehrorganisationen seien aufzulösen. Biester rief sofort den Landrat an: "Herr Landrat, der Putsch ist zu Ende. Sie haben wieder volle Handlungsfreiheit. Ich werde morgen früh zu ihnen kommen, um alles Notwendige zu besprechen. Zu meiner Freude kann ich Ihnen mitteilen, dass im ganzen Kreise kein Zusammenstoß erfolgte und die wenigen Gutsherren, die mitputschen wollten, eine deutliche Abfuhr von ihren Landarbeitern erfuhren.“ Damit war Biesters Führungsrolle vorbei. Er rief die Ausschüsse zusammen, beriet die Abgabe der Waffen, organisierte in der Folgezeit die R. R. V. neu und half dabei, den Kreis Stormarn von versteckten Waffen freizumachen.

Der Kommunistenputsch 1923

Der Hamburger Aufstand von 1923 war von der militanten Sektion der Hamburger KPD, dem Bezirksverband KP Waterkant, am 23. Oktober begonnen worden. Ziel war der bewaffnete Umsturz nach dem Vorbild der sowjetischen Oktoberrevolution 1917. Die Hamburger Kommunisten wollten einen Flächenbrand in Europa auslösen und die Weltrevolution einleiten. Militärisch war der Versuch aussichtslos und er endete bereits in der Nacht auf den 24. Oktober. Die Kommunisten stürmten 24 Polizeireviere, sieben davon in Schleswig-Holstein. Dem Aufstand fielen über 100 Menschen zum Opfer. Auch bei diesem Aufstand hat Louis Biester seine Möglichkeiten genutzt, um die Republik zu verteidigen.

Biester sah die Ursachen für den Aufstand: 1923 war die R-Mark auf

dem denkbar niedrigsten Wert angelangt. Alle waren Milliardäre, konnten aber nichts dafür kaufen. Die Stimmung der Arbeiterschaft war verzweifelt. Eine Explosion aus Wut und Verzweiflung schien Biester unabwendbar. Die SPD-Führung „geriet wie immer ahnungslos in den Kommunistenputsch“. Noch wenige Tage zuvor hatten Kommunisten und Sozialdemokraten tagelang über die Stabilisierung des Geldes als Hamburger Notmaßnahme verhandelt.

Biester hatte damals noch die Leitung der Abwehrorganisation „Vereinigung Republik“ (V.R.). Jedem Putschversuch sollte Widerstand geleistet werden. Es wurde beschlossen, Patrouillen gehen zu lassen. Als Biester durch eine unvorsichtige Äußerung des Kommunisten Goedeke erfuhr, dass man losschlagen würde, schickte er Laufzettel mit Warnungen an alle SPD-Ortsvereine und ordnete an, dass sofort jeden Abend Patrouillen gehen und kleine Bereitschaftsgruppen zusammengezogen werden sollten. Abends gegen 23 Uhr brachte ein Kurier aus Reinfeld den letzten Laufzettel. Alle Ortsvereine hatten unterschrieben. Biester sagte voraus: Der Putsch ist verloren, ehe er beginnt. Außer einem kleinen Haufen Kommunisten, die sofort entwaffnet würden, werde sich im Kreise Stormarn keine Hand rühren.

Der Gefahrenpunkt war unzweifelhaft Billstedt, das eine stärkere entschlossene Kommunistengruppe hatte. In den übrigen Orten war, außer ausgerechnet Bargtheide, die KPD ohne Bedeutung. In der Tat hatte die V.R. in Billstedt zwar Bereitschaft angeordnet, aber als bis Mitternacht alles ruhig blieb, waren sie zu Bett gegangen, von den Kommunisten gegen Morgen dann plötzlich überfallen und Neubacher und andere führende Genossen festgesetzt worden. Der von der KPD erwartete Erfolg blieb aus. Beharrlich weigerte sich Neubacher, einen Aufruf an die Arbeiter Billstedts zu unterschreiben und mitzumachen. Als der Morgen kam, füllten die Arbeiter die Straßen in drohender Haltung gegen die Kommunisten.

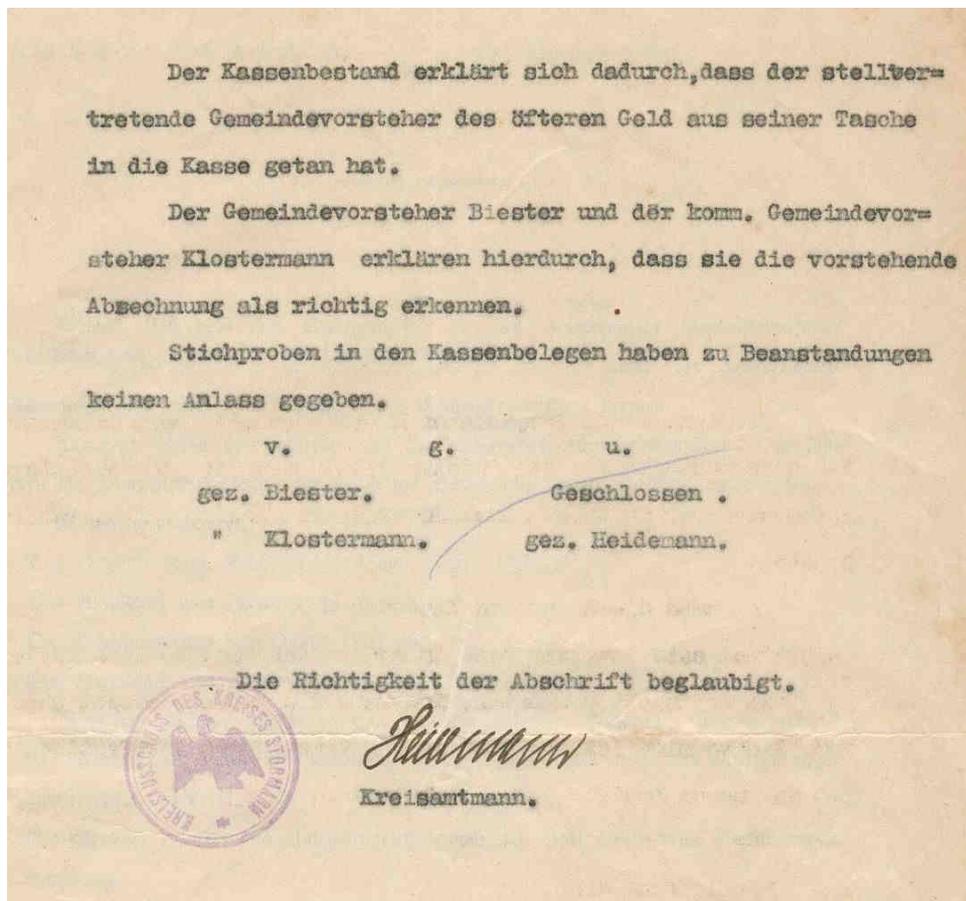
In Billstedt blieb es aber vorerst ruhig, bis die zurückziehenden Kommunisten aus Hamburg Barrikaden und Schützengräben bauten und ein regelrechter Krieg mit der Hamburger Polizei begann. Der Kampf wurde mit unerhörter Erbitterung und gegenseitigen Grausamkeiten geführt. Als die Polizei schließlich gesiegt hatte, fanden sie einen erschossenen Polizisten, der in die Hände der Kommunisten gefallen war, und erfuhren von Grausamkeiten aller Art. Die Polizisten verloren ebenfalls die Nerven und behandelten die gefangenen Billstedter Kommunisten nicht gerade menschlich.

Noch einmal die „Sowjetrepublik Bargteheide“

Ausgerechnet die Bargteheider hatten einen wirklichen Aufstand gemacht. Wie beim Kapp-Putsch hatten ein paar Leute die Sowjetrepublik ausgerufen, waren mit einer Gruppe losgezogen, hatten an der Chaussee nach Ahrensburg Bäume gefällt und Sperren gebaut und waren in Ahrensburg einmarschiert. Überraschend wurden sie von Biesters Patrouillen empfangen, ihnen die Waffen abgenommen und sie nach Hause geschickt. Die Sowjetrepublik Bargteheide schief zum zweiten Male wieder einen gesegneten Schlaf.

Amtsübergabe an Wilhelm Klostermann

Louis Biester war in den Anfangsjahren der Weimarer Republik auch Gemeindevorsteher in Hoisbüttel. Wilhelm Klostermann hatte schon längere Zeit die Amtsgeschäfte „für den infolge seines Mandats als Reichstagsabgeordneter verhinderten Gemeindevorsteher Biester“ geführt. Am 17. August 1926 wurde das Amt förmlich – unter Anerkennung der Abrechnung der Gemeindekasse - an den „komm. Gemeindevorsteher“ übergeben. .



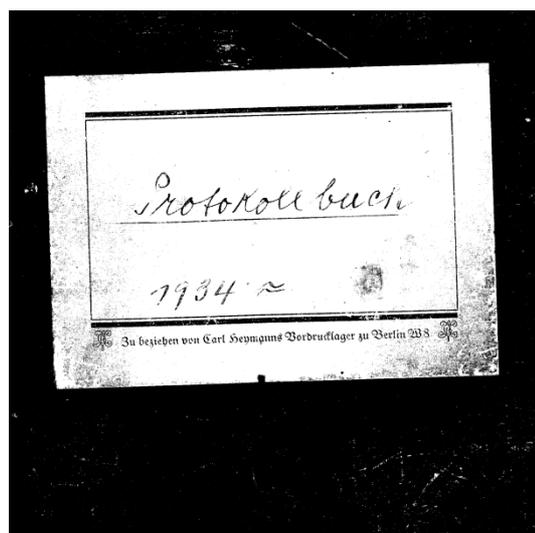
Nach dem Krieg: Wilhelm Klostermann

Wilhelm Klostermann als Hoisbüttler SPD-Vorsitzender ist auch 1945 beim Neuanfang der Kommunalpolitik in der Gemeinde dabei. Nach dem Protokollbuch der Gemeinde Hoisbüttel trifft sich die erste Vertretung am 15. Dezember 1945. Die britische Militärregierung bildet die Vertretung und lässt Bürgermeister und Gemeindedirektor wählen. Klostermann ist mit der Erklärung des von den Alliierten eingesetzten Bezirksbürgermeisters nicht einverstanden, dass die Sitze in der Gemeindevertretung nach der Zusammensetzung der Einwohnerschaft gleichmäßig verteilt seien. Klostermann erhält als Kandidat für die Gemeindeg Spitze nur drei Stimmen, der Gegenkandidat Schulz neun. Klostermann wird dann einstimmig zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt, ein Posten, den damals der eingesetzte Landrat gewünscht hatte.

Auf die Frage Klostermanns, inwieweit die polizeiliche Verfügung des Landrats aus dem Jahre 1933 betr. Verbot der Wahrnehmung seiner Rechte als Gemeindevertreter noch Gültigkeit habe (SPD-Vertreter waren damals von den Nazis aus ihren Funktionen vertrieben worden), erwiderte Bezirksbürgermeister Schröder, dass die betr. Verfügung zu hinterhältigen Zwecken (in der Markierung – zu Closetpapier) verwandt werden könne.

Das Protokollbuch von 1934 in Bünningstedt wurde nach dem Krieg – wohl aus Papiermangel – einfach fortgeschrieben.

Im März 1946 ist dann Wilhelm Klostermann Bürgermeister. An der Sitzung nehmen teil: Franz Wurr, Johann Stölken, Rudolf Bremer, Friedrich Paaschburg, Willi Klukas, Alois Polzin, Willi Timmermann, Hermann Timmermann, Adolf Sanmann und Deltev Schween. Gebildet wird ein Ausschuss zum Zwecke der Heranziehung aller arbeitsfähigen Kräfte zur Sicherstellung der Volksernährung und der damit verbundenen Zuweisung von Gemüseland, beschlossen wird über die Beschaffung und Größe der für Flüchtlinge vorgesehenen Kleingärten und schließlich über die Verteilung von Arbeitskräften für die Torfgewinnung und Notstandsarbeiten.



Am 26. September 1946, nach einer ersten demokratischen Kommunalwahl, wird Rudolf Bremer Bürgermeister. An der Sitzung nehmen teil: Franz Wurr, Adolf Westphal, Klemens Wiese, Wilhelm Klostermann, Alfred Timm, Rudolf Bremer, Johann Stölken, Hermann Timmermann, Friedrich Paaschburg, Paula Grimm, Hans Gerdts, Willi Timmermann. Klostermann als bisheriger Bürgermeister gab sein Amt ab.

Wie Bünningstedt einen SPD-Ortsverein bekam

Während der Weltwirtschaftskrise seit 1929 waren die „Goldenen 20er“ vorbei. Massenarbeitslosigkeit brachte Hunger und Not. Als der Hamburger Senat für Kleingärten und Erwerbslosensiedlungen die Bürgerschaft übernahm, meldeten sich 1931 hunderte von Erwerbslosen. Für den Verein „Siedlungsgemeinschaft Daheim“ gab es 1932 auf Hamburger Boden keine Grundstücke. Zum Glück war 1931 das Schimmelmannsche Gut Pleite gegangen und die Siedler konnten von der Gemeinde Bünningstedt eine große Weizenkoppel für eine halbe Reichsmark pro Quadratmeter erwerben. Die Bauarbeiten der Arbeitslosen begannen in Eigenhilfe 1932. Die kleinen Häuser wurden anschließend verlost. Und damit begann alles im Ammersbeker Ortsteil Daheim-Heimgarten. Diese Siedlung nannte sich in manchen Dokumenten auch Reesenbüttel. In enger Nachbarschaft zur wiedergegründeten Ahrensburger SPD entwickelte sich hier nach 1945 eine Hochburg der SPD. Die Genossinnen und Genossen arbeiteten zunächst in Ahrensburg mit, später entschieden sie sich jedoch dafür, einen eigenen Ortsverein Bünningstedt zu gründen. Aus den Protokollen der ersten Mitgliederversammlungen zeigt sich, wie die Bewältigung von Alltagsproblemen, aber auch die „große Politik“ eine Rolle spielte. Immer wieder wurden Referenten aus dem Landtag, aus dem Kreistag, aber auch der SPD-Bürgermeister (am Anfang hieß er noch Gemeindedirektor) eingeladen, um über Probleme und Fortschritte zu berichten.

Entscheidung für Bünningstedt

Am 15. November 1946 ging es um den Wegebau zur Hochbahn (U-Bahn Ahrensburg West), um den Mangel an Bezugscheinen und um die Brennstofffrage. Der Brennstoff werde ungerecht verteilt. Im nächsten Jahr müsse früher mit der Torfgewinnung begonnen werden. Alle Warenvorräte müssten raus, sagt der Genosse Hans Ekstrand (MdB 1949-1953). Ein Genosse forderte die Eingemeindung „Reesenbüttels“ nach Ahrensburg. Die Müllabfuhr sollte jetzt regelmäßig durchgeführt werden, von Ahrensburg aus, und sie werde im Jahr vier Mark kosten.

Eine Rolle spielte auch eine Stromabschaltung, offenbar wegen „Überlastung der Maschinen“.

Am 31. Januar 1947 trafen sich die SPD-Mitglieder aus Reesenbüttel und der Siedlung Daheim zur Versammlung. Auf der Tagesordnung stand auch die Frage, ob man als Distrikt zum Ortsverein Ahrensburg oder als Distrikt zum Ortsverein Bünningstedt gehen wolle. Nach Abstimmung entschieden sich die Mitglieder als Distrikt "Reesenbüttel" zum Ortsverein Bünningstedt. Wilhelm Lorenz wurde gegen eine Stimme zum „Distriktführer“ gewählt.

Unter Verschiedenes ging es dann um die Müllabfuhr und einen Antrag für die Arbeiterwohlfahrt betreffs Gelände zur Errichtung eines Kindertagesheims ungefähr 2800 qm von der Schimmelmann'schen Schenkung. Der Antrag wurde dem Gemeinderat überwiesen. Beklagt wurde die schlechte Brennholzbelieferung, die nicht ausreichend sei. Wilhelm Lorenz wies auf einen zum Holzschlagen hin. Mit einer Sonderzuteilung von Holz sei in absehbarer Zeit zu rechnen.

Warum 40 Eier abliefern?

Auch bei der Gründungsversammlung des eigenen Ortsvereins am 11. April 1947 standen Alltagsprobleme im Mittelpunkt. Etwa die Müllabfuhr, „worüber noch verschiedene Meinungen bestehen“. Die verspätete Ausgabe von Lebensmittelkarten dürfe nicht wieder vorkommen. Das sollte auf der nächsten Gemeinderatssitzung zur Sprache gebracht werden. Warum müssten in Hamburg nur zehn, von den Siedlern in Bünningstedt aber 40 Eier abgeliefert werden? Dagegen sollte Protest eingelegt werden. Saatkartoffeln seien noch nicht freigegeben. Der Ortsverein erhob Protest dagegen, dass ausgerechnet bei der letzten Rede des Hamburger Bürgermeisters Max Brauer der Strom abgeschaltet worden war, so dass sie in Bünningstedt nicht gehört werden konnte.

Am 9. Mai 1947 gingen die Klagelieder weiter. Die niedrige Unterstützung für die Kriegsversehrten war ein Thema. Die AWO wollte helfen. Diesmal ging es um die Bezugscheine. Bei der Feuerung habe sich gezeigt, dass Bünningstedt am schlechtesten dran sei. Die Frage sollte im Kreis geregelt werden. Die Eierfrage war inzwischen geklärt. Die Genossen hielten Bünningstedt für ein „Notstandsgebiet“, verglichen mit Hamburg – schon wegen der weiten Wege. Sie forderten die Gleichheit der Ernährung in der Zwei-Zonen-Wirtschaft (damalige „Bizone“).

P r o t o k o l l

-.-.-.-.-

der Mitgliederversammlung bei Gosau, Reesenbütlerredder

am 14.4.1947.

Um 20,25 Uhr eröffnete der Genosse Lorenz mit 25 min. Verspätung die Versammlung, da wir auf den Kreisvorstand gewartet haben, der ja eingeladen war und nicht erschienen ist.

Zur Tagesordnung stand:

1. Gründung des Ortsvereins Bünningstedt
2. Verschiedenes.

Die einleitenden Worte sprach der Gen. Lorenz betreffs der Gründung des Ortsvereins. Wie notwendig dieses sei, erweist schon die nächste Landtagswahl. Bei dieser Wahl gehört Bünningstedt zum Wahlkreis 34 Segeberg - Süda, während Ahrensburg zum Wahlkreis 35, Stormarn-Süd gehört. Genosse Lorenz gab dann bekannt, dass ein neuer Vorstand gewählt werden muss, wo wir aber erst mit dem Dorf Bünningstedt und Siedlung Rehhagen in Verbindung zu treten haben. Bis zur Neuwahl des Vorstandes wird der Vorstand des Districtes Reesenbüttele (Bünningstedt) die Leitung des Ortsvereins übernehmen.

Gen. Lorenz schlug vor einen Kontroll- und Agitationsausschuss zu wählen und bat um Vorschläge. Gen. Burchard schlug vor, dass die Stärke des Kontrollausschusses mit 3 Genossen genügen und zwar Heimgarten, Daheim und Mitte, auch wäre von Vorteil dass dieselben alteingesessene Genossen seien.

Es wurden vorgeschlagen:

Genosse Gienstein, Gen. Wolter und Gen. Burchard. welche einstimmig angenommen wurden und antraten.

Es folgte die Aussprache über den Agitationsausschuss, worin uns der Gen. Burchard die Wichtigkeit des Ausschusses darlegte. Es wurden zum Vorschlag gebracht: Gen. Schröder und Gen. Urban. Dann Gen. Markhardt, Lorenz und Ziegler. Dieselben wurden von der Versammlung einstimmig gewählt und nahmen an.

Gen. Lorenz kam mit der Frage, wie sich die Frauen zu dem neuen Ortsverein stellen, es sprach dazu Gen. Sprill, dass die Frauengruppe sich selbstverständlich dem neugebildeten Ortsverein anschließen wird.

Am 14.4.47. wird in Ahrensburg eine Versammlung der Frauen stattfinden, wo sich die Frauen von Bünningstedt von der Ahrensburger Gruppe verabschieden werden.

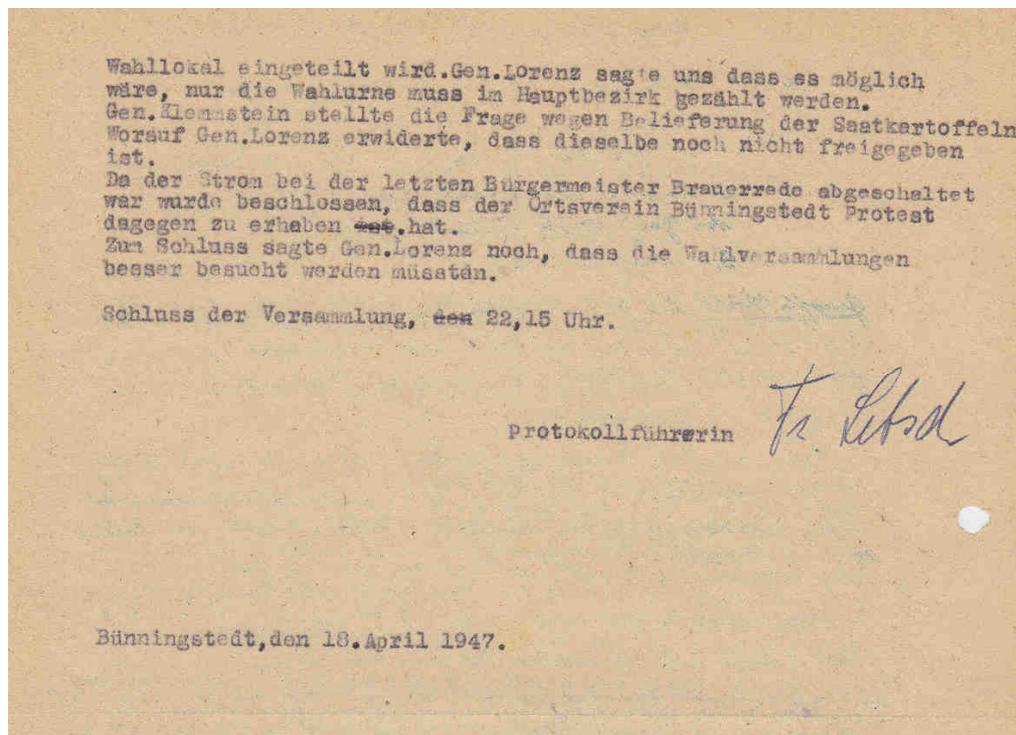
Punkt II Verschiedenes.

Gen. Lorenz sprach über die Müllabfuhr worüber noch verschiedene Meinungen bestehen. Genossin Lorenz sprach über die verspätete Kartenausgabe, welche nicht wieder vorkommen darf. Hierauf versprach Genosse Goltze auf der nächsten Gemeinderatssitzung es zur Sprache zu bringen.

Genosse Schäfer schnitt die Feuerungsfrage an. Es wurde dann noch die Frage gestellt warum in Hamburg 10 und hier dagegen 40 Eier abgeliefert werden müssen.

Genosse Lorenz antwortete das das Winterholz restlos verteilt worden ist und gegen die Eierabgabe protest eingelegt werden soll. Gen. Schwabe wollte sehen ob es nicht möglich ist, dass Gosau als

b. wenden



Sorgen um Flüchtlinge und Winterfeuerung

Schon im Sommer sorgten sich die Genossen um die Winterfeuerung. Vier Wochen später hieß es bei der Mitgliederversammlung, bei der Bünningstedter Torfgewinnung habe es Streit gegeben. Jetzt werde die Gemeinde 81/2 Zentner Torf zusätzlich erhalten. Der Preis für den Torf sei noch nicht raus und mit Holz sei wohl nicht zu rechnen. Die Bezugsscheine würden jetzt wieder in der Gemeinde ausgegeben. Sie seien ungeheuer knapp, deshalb „möchte doch, wenn nicht unbedingt nötig, von einem Antrag abgesehen werden“.

Bünningstedt steckte voller Ausgebombten aus Hamburg und Flüchtlingen aus dem Osten. Deshalb war in der letzten Gemeinderatssitzung der Antrag an das Landratsamt Stormarn gestellt worden, Flüchtlinge aus der überbelegten Gemeinde abziehen. Dann resolutioniert der Ortsverein: „Wir protestieren energisch gegen die heutige Lebensmittelknappheit, sowie weitere, unsagbare Verkürzungen der Rationen. Gegen eine Reservepolitik in der Lebensmittelverteilung, und fordern restlose Verteilung der vorhandenen Lebensmittel.“ Später wurde nach der möglichen Ansiedlung einer



Bürgermeister Walter Schwabe (SPD) in Bünningstedt.

Schlachtereie gefragt. Und für die Nähstube wurde eine Frau gesucht. Der Gemeindedirektor Wilhelm Lorenz wollte sich um Nähgarn kümmern.

Im Oktober 1947 gab es Hoffnung auf eine geregelte Stromversorgung. Die alten „Kochstrom-Anträge“ seien hinfällig. Aber wenig Hoffnung für die Straßenbeleuchtung, wegen der fehlenden Glühbirnen. Straßen könnten nur zum Teil beleuchtet werden. Und die Wohnungsfrage war immer noch ungelöst: In Timmerhorn, einer anderen Siedlung in Bünningstedt, herrschten „oft menschenunwürdige Zustände“. Wer Räume wisse, solle sie melden. Ein Genosse schlug vor, dass man vielleicht Baracken bekommen könnte. Außerdem: Große Lokale, wo nur „geschlemmt“ würde, sollten als Heime beschlagnahmt werden.

Im Mai 1949 standen „Siedlungsfragen“ auf der Tagesordnung. SPD-Bürgermeister Schwabe schilderte Schwierigkeiten. Selbsthilfe würde begrüßt, aber Bünningstedt habe kein Land zum Siedeln. Deshalb wurden Anträge an die Gemeinde Bünningstedt und die Stadt Ahrensburg beschlossen.

Im Dezember 1949 kam dann die Aufklärung von oben, Referent war MdL Bernhard Ahrens aus Reinbek. Gebaut wurden 1949 in Schleswig-Holstein (damals SPD-Landesregierung) etwa 10.000 Wohnungen, die eine Bausumme von 10.000 bis 12.000 DM pro Wohnung erforderten – insgesamt also 100 Millionen DM. Dazu kämen noch etwa 2000 bis 3000 privat erbaute Wohnungen. Beim Flüchtlingsproblem müsse für das Land durch Umsiedlung Erleichterung geschaffen werden. Möglichst in jedem Ort sollte gebaut werden. Die Mieten dürften 1,25 DM pro qm und Monat nicht übersteigen, was durch Landesmittel erreicht werden sollte. Es sollte überwiegend dort gebaut werden, wo Arbeitsmöglichkeiten beständen. Zurzeit gebe es 200.000 Arbeitslose.



MdL Bernhard Ahrens sprach über den Wohnungsbau in Schleswig-Holstein.

Arbeitsplätze für Stormarn

Die SPD erstrebe in erster Linie die Schaffung von Arbeitsplätzen, wie Radiowerke, Zigarettenfabrik, Gablonzer Glasindustrie usw. Weitere Forderung: Notstandsgebiete müssten Unterstützung durch den Bund erhalten. Ahrens forderte eine Neuordnung der Verhältnisse von Grund

und Boden, die Gemeinden hätten möglichst Bodenvorratspolitik zu treiben. Für öffentliche Zwecke müsse es eine unentgeltliche Bodenbeschaffung geben.

Anfang Januar 1950 berichtete Bürgermeister Schwabe über sechs Häuser, die in Bünningstedt gebaut werden sollten. Notwendiges Eigengeld sei 1500 DM und eine monatliche Miete von 50 DM. Und wer als Flüchtling an einer Umsiedlung interessiert sei, solle sich im Gemeindebüro melden.

Im April 1950 gab die Genossin Schröder im Ortsverein bekannt, dass die AWO eine Nähmaschine und eine Säuglingsausstattung bekommen habe, die leihweise zur Verfügung stünden. Genosse Hanssen: Die AOK Ahrensburg wolle 25 Kinder kostenlos in die Rhön schicken. Für die Verschickung sollten aber nicht die „übersättigten Gemeinden“, in Frage kommen, die keine Schulspeisung bezögen. Eine „Norwegen-Baracke“ sei inzwischen für die Gemeinde verloren, weil diese sich darum nicht gekümmert habe.

Am 10. Dezember 1949 wurde ein Antrag an die Gemeinde zur Straßenbeleuchtung beschlossen: „Der Distrikt Reesenbüttel der SPD stellt folgenden Antrag: Die Gemeindeverwaltung wird ersucht für Straßenbeleuchtung zu sorgen.“ Antwort der Gemeindeverwaltung vom Januar 1950: „Ihr Antrag auf Straßenbeleuchtung lag am 27. 1. dem Gemeinderat vor und musste leider abgelehnt werden wegen Fehlens der erforderlichen Geldmittel.“

Franz Kruse und der Straßenausbau

Im Juni 1953 berichtete Bürgermeister Franz Kruse (SPD) über den geplanten Straßenausbau in Daheim-Heimgarten: Fichtenweg, Lindenweg, Ahornweg, Pappelweg und Kiefernweg sollten ausgebaut werden. Der Fahrweg solle 3,50 m betragen, der Bürgersteig abgegrenzt und befestigt, vielleicht sogar mit Platten ausgelegt werden. Kosten 70.000 – 80.000 DM, für den laufenden Straßenmeter würde ein Anliegerbeitrag von zehn DM bei Barzahlung erhoben.



Franz Kruse, Gewerkschaftssekretär und ehrenamtlicher Bürgermeister bis 1974.

Else Schröder berichtete im Januar 1957 aus dem Kreistag.

Man sei um die Ansetzung von Industrie in Stormarn bemüht. Es könne nicht länger hingenommen werden, dass bei der Umsiedlung der Ausgebombten und Flüchtlinge die Rentner im Lande verblieben und die Arbeitsfähigen abzögen. Es gelte vor allem, die Bauarbeiter festzuhalten. Stormarn sei für viele arbeitende Menschen nur noch die Schlafstube Hamburgs. Die Einnahmen der Industrie flössen nach Hamburg und Lübeck. Der Kreistag habe sich dahin erklärt, dass man in den Kreisen Stormarn und Pinneberg eine „Aufbau GmbH“ (die spätere Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft WAS, vom DGB-Kreisvorsitzenden und SPD-Kreisrat Hermann Bössow angeleiert) über die am zweckmäßigsten anzusetzenden Industrien schaffen müsse. Jetzt werde geprüft, wer als Geschäftsführer fungieren solle. Der Kreis übernehme die Trägerschaft.

Die große Politik im Ortsverein

Die ersten Jahre der Nachkriegszeit waren für die Bünningstedter Genossen und Genossinnen aufregende Zeiten: Demokratie lernen, die Wirtschaft in Gang bringen, vor allem den Wohnungsbau, über Deutschlands künftige Rolle diskutieren, der SPD wieder ein ideologisches Fundament geben. Der Ortsverein lud sich zu diesen Themen kompetente Referenten ein:

In einer Frauenversammlung im November 1946 hörten sich die Genossinnen in Ahrensburg einen Vortrag des Genossen Brinkmann über „die Vorteile der Demokratie“ an. Originaltext: „Eine Diskussion fand nicht statt.“

Im August 1947 sprach der Landtagsabgeordnete Wilhelm Esser in der Mitgliederversammlung. Er sprach von 20.40 Uhr bis 22.20 Uhr über die Arbeit im Landtag und schloss mit dem Leitsatz: „Aktivität ist der Schlüssel zum Sozialismus.“ Frage an Esser, ob die Gesetze im Landtag die gleichen seien, wie in den anderen Zonen. Esser sagte, sie bemühten sich mit den anderen Zonen in Kontakt zu kommen, aber ihr Bestreben sei die „Reichsgesetzammer“. Weitere Frage, warum ehemalige aktive Wehrmachtangehörige Pension bekämen und nicht Wohlfahrtsunterstützung wie andere Arbeitslose. Esser: Die Unterstützung werde für alle gleich werden und zwar so, dass alle ohne Fürsorge davon leben könnten.



Die Landtagsabgeordneten waren als Referenten sehr gefragt: Wilhelm Esser.

Über Willy Esser schreibt die Ahrensburgerin Antje Schröder, Nichte von Wilhelm Lorenz: „Ich durfte damals mit ‚Molly‘ (Wilhelm Esser) im Auto mitfahren. Auf dem Dach des alten VW war ein Lautsprecher angebracht (auch eine Leihgabe aus Wandsbek). Mit Musik und Hinweisen zur Wahl sind wir unterwegs gewesen. Aber immer, wenn Passanten auf der Straße waren, musste ich mich klein machen. Warum das so war, ist mir bis heute schleierhaft.“

Am 13. Oktober 1950 war der Landtagsabgeordnete Otto Gramcko zum Thema „Remilitarisierung“ eingeladen. Die Versammlung war schlecht besucht. Gramcko verkündete unter anderem, „was auch Bebel schon einmal sagte: Keinen Pfennig und keinen Mann für die Militarisierung.“ Eine rege Debatte folgte.

Im Februar 1952 sprach der Landtagsabgeordnete Wilhelm Siegel über die politische Lage im Lande: „Der Redner wies besonders auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Schleswig-Holstein hin und betonte, dass sich keine Partei darüber täuschen sollte. Bemerkenswert war, dass nach Siegels Ansicht die SPD in Schleswig-Holstein im Kommen sei, denn nach seinen Ausführungen zeigten die bisherigen Regierungsparteien Mängel und Maßnahmen auf, die auch nicht zur Lösung des Arbeitslosenproblems, sowie des Flüchtlings- und Wohnungsproblems führten. Außerdem erwähnt der Redner, dass nach seinen Informationen die Entwicklung der radikalen politischen Gruppen in Schleswig-Holstein rückläufig sei.“



Wilhelm Siegel, MdL von 1947-1967, 1949 für ein Jahr Volksbildungsminister in Kiel und Stormarner Landrat von 1946 – 1956.

Im September 1952 wurde des kurz zuvor gestorbenen SPD-Parteivorsitzenden Kurt Schumachers gedacht. Dann sprach der Kreistagsabgeordnete Herbert Breede aus Ahrensburg über das aktuelle Aktionsprogramm der SPD: Die SPD sei keine Einheitspartei aller Menschen, sondern sehe ihr Ziel darin, für alle Menschen Freiheit und Auskommen ohne persönlichen Zwang zu sichern. Dieses Ziel könne nur in einem kompromisslos demokratischen Staat erreicht werden. Anschließend gab es eine Aufzählung der meisten Programmpunkte. Dazu gehörten damals: Die Sozialisierung der Grundstoffindustrien, die Offenlegung der Steuerlisten, die genossen-

schaftliche Organisation der Landwirtschaft und: „Keine Mutter von schulpflichtigen Kindern soll zur Arbeit verpflichtet sein.“



Otto Gramcko MdL, Gemeindevorteiler in Bünningstedt und SPD-Kreisvorsitzender in Stormarn.

Im Januar 1953 gab der Vorsitzende Friedrich Hesse einen Rückblick auf das Jahr 1952. Er wies auf die „gestiegene politische Spannung“ hin. Die außen- und innenpolitischen Probleme, die zur Entscheidung drängten, berührten zutiefst das persönliche Leben eines jeden Staatsbürgers. Folgende Probleme wurden genannt: Deutschlandvertrag, Söldnerheer oder Volksheer, Europa-Armee, Lastenausgleich, Aktionsprogramm der Partei, Saarwahlen, Wahlgesetzänderung und „die Verschacherung des Ruhrgebiets auf 50 Jahre“.

Im Mai 1953 sah MdL Otto Gramcko nach dem Tod Stalins Hoffnung auf eine Änderung der Lage. Russland habe mehrere Angebote an den Westen gemacht. Bei uns sei es so, dass die einseitige Politik Adenauers kirchlich bestimmt sei. Gramcko erwähnte ferner den Amerika-Besuch Adenauers, die Verhaftung des Spionagerings von ca. 30 Personen u. a. namhafter Wirtschaftler, die am Ost-West-Handel beteiligt gewesen seien. In der Diskussion ging es dann um den Wehrbeitrag und um (Finanzminister) Fritz Schäffers Geld dafür sowie das Verhalten der deutschen Presse gegenüber dem Osten.

Im September 1953 gab es im Ortsverein dann eine rege Diskussion zum Hauptthema „Remilitarisierung“ und „Vereinigte Staaten von Europa“.

Der Ortsverein feiert auch

Der Ortsverein Bünningstedt hat natürlich auch gern gefeiert. Weihnachtsfeiern mit Kind und Kegel, vor allem aber auch Maifeiern, Umzug mit den Gewerkschaften und gemütliche Abende. In den Protokollen sieht das so aus:

In der Frauenversammlung am 18. November 1946 ging es um einen bunten Abend, eine Weihnachtsfeier mit Julklapp („über die Markenabgabe wird noch Näheres bekannt gegeben“), eine Frauenkonferenz im Lindenhof am Bußtag. Im August 1947 wird bei den Frauen eine Wan-

derung geplant, zu der der Frauenverein Ahrensburg eingeladen hatte. Fast alle Genossinnen wollten Essen und Kaffee mit einplanen, „was Ahrensburg eigentlich nicht vorhatte“. Die Wanderung sollte mit der Hochbahn bis Ohlstedt und von dort zum Rodenbeker Quellental gehen. Für die nächste Zukunft einigten sich die Genossinnen „auf einen gemütlichen Abend“. Gesungen wurde an dem Abend auch: „Wenn alle Brunnlein fließen“.

Am 7. November 1950 stand die Arbeit im Ortsverein auf der Tagesordnung. Die Versammlung war sehr gut besucht. Wilhelm Lorenz fragte nach Vorschlägen für die nächsten Abende. Ein Kulturabend und eine Aussprache „über die Lage Deutschlands“. Genosse Schäfer bedankte sich für die Aufmerksamkeit zu seiner Silberhochzeit und gab bekannt, dass in „Planten und Blumen“ in Hamburg eine Kleintierausstellung stattfinden würde.

Im April 1951 wurde festgestellt, dass für die Maifeier ein Eintrittsgeld von 0,50 DM erhoben werden musste. Im März 1954 wurde dann daran erinnert, „dass man die gute Sitte des früheren Singens eines sozialistischen Kampfliedes am Anfang jeder Versammlung abends wieder einführen möge“. Dazu sein die Anschaffung eines sozialistischen Liederbuches erforderlich. Die Versammlung billigte einstimmig diesen Vorschlag.

Politische Stimmungen

Trotz guter Wahlergebnisse lässt die Beteiligung der Genossen manchmal zu wünschen übrig. Die Mobilisierung ist auch damals nicht sehr leicht gewesen. Und längst nicht alle machten mit, wenn es um anstehende Wahlen ging.

Im September 1948 berichtete Wilhelm Lorenz über die Gemeinderatswahlen. Die Wahlpropaganda komme vom Kreis. Die Aktivität müsse aufs „Äußerste gesteigert werden“. Im Oktober 1948 wurde beklagt, dass die Versammlungen „sehr schlecht“ besucht seien. Es gebe aber die Hoffnung, dass wenigstens die geplante Versammlung mit Landrat Wilhelm Siegel mehr Besucher haben würde. Siegel hatte festgestellt, dass „eine allgemeine Flaute“ bestehe. Es müsse – so Lorenz – mehr Propaganda betrieben werden. Die Aktivitäten hätten nachgelassen, „weil der reine Idealismus fehlt“.

In der Hauptversammlung am 21. Januar 1949 wurde der Vorschlag gemacht, einmal im Monat eine Versammlung mit Gästen abzuhalten. Otto Gramcko wollte Werbeabende veranstalten und dann Gäste dazu einladen. Im Juni 1949 wurden die Genossen aufgefordert, „unsere

Versammlungen besser zu besuchen“. Wir müssten alle Kräfte anspannen, „um ein gutes Resultat bei der Bundeswahl zu erreichen“.

Nach der ersten Bundestagswahl zog der Ortsverein im September 1949 Bilanz: Wilhelm Lorenz war im Allgemeinen mit dem Ergebnis in der Siedlung zufrieden. Es sei gut gearbeitet worden. Aber in Bünningstedt-Dorf mache sich der Einfluss der Bauern immer mehr geltend. Ihre Wahlbeteiligung sei erheblich höher als die der eigenen Leute. Hans Ekstrand (der zum Bundestagsabgeordneten gewählt worden war) gab zu, dass es Gründe für Stimmenverluste gebe. Es liege „eine gewisse Interesselosigkeit“ vor. Es wurde angemerkt, dass Schleswig-Holstein am schlechtesten abgeschnitten hatte. Genosse Wolter beklagte, dass die SPD-Politik in Schleswig-Holstein gar nicht richtig zur Geltung komme, da der Wirtschaftsbeirat das Sagen habe. Schlusswort von Lorenz: Wenn diese Regierung ans Ruder kommt, wird die SPD sie mal wieder beseitigen.

Ein Jahr später, im September 1950 wurde eine Werbeaktion bekannt gegeben: „Jeder Genosse möchte nach Möglichkeit 1-2 neue Mitglieder werben.“ Im Oktober 1950 erinnerte Wilhelm Lorenz daran, dass die Monate Oktober und November Werbemonate seien, dies solle beherzigt werden, und die Versammlungen müssten besser besucht werden. Bei der letzten Wahl habe die SPD 320 Wähler (im Ortsteil Daheim/Heimgarten) gehabt, davon seien nur 16 Genossen auf der Versammlung erschienen.



Hans Ekstrand aus Ahrensburg wurde 1949 in den ersten Deutschen Bundestag gewählt, dem er bis 1953 angehörte.

Klagen gibt es auch über die Präsenz auf dem Kreisparteitag am 18. Februar 1951 in Ahrensburg: „Durch schlechtes Wetter, Mangel an Fahrgeld und auch wohl am Erliegen einiger Ortsvereine ist der schwache Besuch zu erklären.“ Am 6. Mai 1951 fordert Hans Ekstrand die Gemeinderatsmitglieder auf, sie sollten von Zeit zu Zeit an die Öffentlichkeit treten. 1953 geht es auf die nächste Bundestagswahl zu. Der Vorsitzende Friedrich Hesse fordert schon im Januar die Mitglieder auf, alle müssten zusammenstehen.

Im Oktober 1954 spricht Otto Gramcko MdL über das Ergebnis der Landtagswahlen. „Die Landtagswahl hat bewiesen,

dass wir richtig liegen.“ Die Besucherzahlen bei den SPD-Veranstaltungen hätten weit höher als die bei den gegnerischen Parteien gelegen. Wie sei es denn vor der Bundestagswahl und vor der Hamburger Wahl gewesen? „Mit einer Hochflut von Verleumdungen unter Anwendung schmutzigster Mittel hat die Gegenseite den Sieg davongetragen.“

Wo bleibt die Jugend?

Das Klagelied, dass die jungen Leute schwer zu erreichen sind, gab es auch in den ersten Nachkriegsjahren. Der Ortsverein hat sich immer wieder mit diesem Thema beschäftigt und nach Lösungen gesucht:

Auf der Tagesordnung einer Kreisfrauenkonferenz im Juni 1947 stand ein Referat der Hamburger Jugendsenatorin Paula Karpinski über Jugendprobleme unserer Zeit. Paula Karpinski war die erste Frau in einer deutschen Landesregierung. Else Schröder schrieb in der Einladung im Namen des SPD-Kreisvorstands: „Vor allem wird erwartet, dass alle Helfer und Helferinnen der Falken die Referate anhören und auswerten.“



Hamburgs Jugendsenatorin Paula Karpinski auf einer Kreisfrauenkonferenz.

Im Juli 1947 wurde in Ahrensburg die einjährige Gründungsfeier der Falken begangen, Kinder von sechs bis zehn Jahren können in den Ferien für wöchentlich 3,40 Mark „nach dem Köhlbrand“. Im März 1954 bot Genosse Schäfer an, unter der Jugend des Ortsbereichs für den „so notwendigen Nachwuchs der Partei zu werben“. Er wolle an die Jungen und Mädels, die jetzt die Schule verlassen einzeln herantreten, und hoffe bei seinem fernerem Bemühen um Unterstützung bei der Gruppe der „Falken“ in Ahrensburg. Am 1. Oktober 1954 bat Genosse Hesse, die Kinder doch in den Arbeitersportverein „Solidarität“ zu schicken, in Ahrensburg gebe es eine solche Radsportgruppe.

Daran erinnert sich Antje Schröder: Mein Vater hatte die Idee, sich einem Radsportverein anzuschließen und den in Ahrensburg zu gründen. In Hamburg gab es bereits einige. Dieser Verein (ARKB - Solidarität) befasste sich mit Kunstradfahren im Saal. Ich wurde da gleich angemeldet (ca. 1952), obwohl die Räder für mich zu groß waren. Mit dem Fahrradclub habe ich auch an den 1. Mai-Umzügen und beim Vogelschießen teilgenommen. Bei SPD-Veranstaltungen im Lindenhof

durfte bzw. musste ich mit meinem Fahrrad antreten. Das war für mich ganz schön aufregend.

Anfang November 1955 referierte Kreisjugendpfleger Heinz Peters über „Jugendpflege und Jugendförderung“. Die „Jugend“ sei trotz besonderen Aufrufs nicht erschienen. Es habe sich somit leider bestätigt, dass „die Werbung bei der heutigen Jugend kein einfaches Unterfangen ist“. „Eventuell war es instinktive Ablehnung der Jugend von jeglicher politischen Propaganda.“ Peters beklagte, dass es keine Jugendbewegung wie in der Weimarer Zeit mehr gebe. An ihre Stelle seien Jugendverbände getreten, die aus dem Bundesjugendplan gefördert würden. „Der Wille zum persönlichen Opfer für die gute Sache ist bei der Jugend (ebenso wie bei den Erwachsenen) relativ gering.“ Die Jugend sei „gegenwartsgebunden“ und handle auch danach.

Die Welt der Erwachsenen sei auch anders als früher materialistischer und ärmer an Idealen geworden. Peters nannte als Beispiele: Das heutige Campen habe nichts mit dem früheren Zelten zu tun und er warnte vor Gefahren dabei. Die Kommunen müssten wieder Zeltplätze für die Jugend mit Aufsicht schaffen. Auswüchse modernen Tanzens müssten abgelehnt werden. Es lasse sich allerdings mit der heutigen Jugend auch noch „wandern“ – wenn auch ohne die „blaue Blume der Romantik“. Jugend wolle und müsse nun einmal „geführt werden“, bis sie es wieder gelernt habe „sich aus den eigenen Reihen ihre Führer zu wählen“.

Es ging nicht ohne Streit

Offenbar gab es auch schon damals Streit zwischen Personen und manchen Genossen, der eher durch Zufall in die SPD eingetreten war. Die Protokolle sagen nur wenig darüber aus, was eigentlich Ursachen für die Konflikte gewesen sind:

Am 12. September 1947 berichtete Wilhelm Lorenz, dass er „Gemeindedirektor“ geworden sei. Wegen Differenzen seien zwei Genossen aus dem Gemeinderat ausgeschieden, was er als Fraktionsvorsitzender gerügt habe. Als Gemeindedirektor wolle er alles Mögliche tun, um in den Wohnungsangelegenheiten Klarheit zu schaffen. Sein Stellvertreter Burghardt habe „wegen Missständen“ seinen Rücktritt erklärt. Burghardt, so wurde gefordert, solle doch persönlich vor dem Ortsverein eine Erklärung abgeben.

Dann wollen sie den Genossen Kügler ausschließen, der sich in der Gemeindevertretung parteiwidrig verhalten habe. Auch Bürgermeister Schwabe hatte nicht mehr das Vertrauen der Mehrheit. In einer Vor-

standssitzung wurde am 7. April 1951 ein Brief der Kreis-SPD vorgelesen, nach dem Kügler nicht ausgeschlossen wurde und der Genosse Schwabe nicht wieder kandidieren durfte. Es entspann sich „eine rege Diskussion“. Genosse Letsch verließ den Raum und etwas später auch Schwabe. Es wurde vorgeschlagen, Schwabe zu empfehlen, auf seine Kandidatur zu verzichten. Fünf Stimmen dafür bei vier Enthaltungen.

Die anderen Parteien

Die gegnerischen Parteien kommen in den Protokollen nur gelegentlich vor. Die KPD versucht es mit der „Volksfront“, die bürgerlichen Parteien konstituieren sich erst am Ort, der BHE organisiert alte Nazis, erhebt den Monopolanspruch auf die Flüchtlinge im Land und kommt dennoch 1954 in Kiel als Koalitionspartner in Frage:

Am 14. November 1947 gab es einen Vortrag des Genossen Meiler über „kommunistische Politik der Gegenwart“. Der Referent meinte, die K.P. versuche „unsere Genossen zu sich heran zu ziehen und warnte jeden, sich damit einzulassen“. Am 8. Oktober 1948 stellte der Genosse Schröder fest, dass die Aktivität bei der KPD besser sei.

Auf einem Kreispartei-tag am 18. Februar 1951 wird der BHE aufs Korn genommen: Hans Ekstrand berichtete über eine BHE-Versammlung, wo er als Korreferent geladen war: Er konnte sich nicht mehr durchsetzen, „weil schon wieder, wie vor 33, die

Den unpolitischen Verbänden und Organisationen all dieser Gruppen von Entrechteten muß eine politische Partei zur Seite stehen, die ihren gerechten Forderungen in den Volksvertretungen des Bundes und der Länder, der Kreise und Gemeinden zum Durchbruch verhilft.

Diese neue politische Partei ist der

BHE

Er kämpft für Gleichberechtigung und sozialen Ausgleich,
gegen den schamlosen Egoismus der Nutznießer von
Krieg, Währungsreform und freier Wirtschaft,

für produktive Arbeitsbeschaffung,
gegen die Dauerarbeitslosigkeit,

für eine einfache saubere Verwaltung in Stadt und Land,
gegen Bürokratismus, Korruption und Unfähigkeit.

Der

BHE

**ist keine Rechts- und keine
Linkspartei, sondern die
Partei der
sozialen Gerechtigkeit!**

Verantwortlich für den Inhalt: BHP/Entrechteten-Vereinigung - Krefeld, Hülberg 21, Telefon 39 53 83

Die „Flüchtlingspartei“ entpuppte sich später auch als Sammelbecken für alte Nazis. Sie wollte in Kiel nicht auf ehemalige NSDAP-Mitglieder verzichten.

gewissen und organisierten Schreier am Werk sind“. Versammlungen der Gegenpartei sollten rechtzeitig gemeldet werden, damit Gegenredner erscheinen könnten. „Der BHE hat eine Meinung, die wie folgt aussieht: Wer nicht eintritt ist kein guter Deutscher. Jede Neubauwohnung nur den Flüchtlingen und von Flüchtlingen gebaut. Das heißt, unsere einheimischen Handwerker werden brotlos.“ Zum gleichen Kreispartei-tag wollte die KPD ein Begrüßungsschreiben schicken. Es war eine Vier-Mann-Abordnung da. Das wurde aber einstimmig abgelehnt. „Ja die gute KPD, was die nicht alles tut für die Einheit der Arbeiterklasse.“

Am 1. Oktober 1954 sprach Otto Gramcko über das Ergebnis der Landtagswahlen (die SPD war stärkste Fraktion geworden) und zur möglichen Regierungsbildung: „Wir können es uns nicht erlauben, nicht in die Verantwortung zu gehen.“ Die SPD werde vor dem Versuch einer Regierungsbildung nicht zurückschrecken. Mit dem BHE würde sie eine knappe Mehrheit bilden. Die CDU könne nicht zum Zuge kommen, wenn sie nicht ein oder zwei Parteien zur Hilfe nehme. Faktisch richtig sei es, mit allen Parteien zu verhandeln. Aber wahrscheinlich werde „Bonn“ von oben lenken.

SPD-Mitglied Rolf Hupfeld berichtet über die Siedlung

Die ersten Siedler zogen im Juli 1934 ein. Rolf Hupfeld kam 1937 in die Siedlung - seine Eltern hatten dort ein "Kinderreichenhaus" am Pappelweg gekauft. Der Vater war Buchhalter. Er kaufte zum gleichen Preis wie die ersten Siedler: 28 Mark Monatsmiete, die zugleich Tilgung war. Jede Siedlungsstelle kostete 5000 Reichsmark inklusive rund 1640 Quadratmeter Grundstück.

Hupfeld: "Wir waren arm, schrieben beim Krämer Tode am Reesenbütteler Redder an. Jede Familie hatte da ein Buch. Die Wochenlöhner zahlten am Freitag, die Monatslöhner Ende des Monats. Wir waren schon froh, wenn wir die Kanonenöfen in den Zimmern heizen konnten."

Wie fast alle Nachbarn hielten die Hupfelds Hühner: "An deren Stall kam man auf dem Weg zum Plumpsklo im Garten vorbei. Viele Siedler hatten auch Kaninchen oder Schweine." Fließend Wasser kam erst 1952: "Vorher gab es für sechs Häuser eine Pumpe. Wollten wir Wäsche waschen, mussten alle Kinder schleppen helfen." An Kindern war in der Siedlung kein Mangel: 1934 waren es 284.

Rolf Hupfeld besuchte wie alle Kinder aus der Siedlung die Schule am Reesenbüttel. Sie waren am Haarschnitt zu erkennen. „Vereinsgrün-

der“ Adolf Schulz, der eine Schmachttolle auf seinem fast kahlen Schädel trug, frisierete sie alle für je 50 Pfennige auf dem Dachboden seines Hauses am Pappelweg.

Rolf Hupfeld wurde später Lehrling in den Walterwerken in Ahrensburg. Sein Vater wurde nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges Soldat, kam verwundet zurück. Nach dem Krieg war die Not in Daheim noch größer. Und die Enge: "Zu uns wurde noch eine dreiköpfige Flüchtlingsfamilie aus Ostpreußen einquartiert." Rolf Hupfeld war arbeitslos und baute das Haus aus. Nach der Heirat mit seiner Frau Erna wohnte er mit ihr und dann den Kindern Birgit und Detlef in zwei winzigen Zimmern unter dem Dach, während die Eltern unten nur die Küche und ein Wohnschlafzimmer hatten.

Aus der Chronik des „Siedlerbunds Daheim e.V. von 1932“ in Bünningstedt

„Auf einer Versammlung im Juli 1933 teilte uns (der Vorsitzende – d.Verf.) Adolf Schulz mit, dass wir am 15. August mit der Bauarbeit beginnen können. Wir waren heilfroh. Wohnen konnten wir im "Fanny Hof" in Bünningstedt. Schlafgelegenheit musste jeder selbst besorgen. So zog dann ein paar Tage vor dem 15.8.1933 ein Laster mit Bettstellen und Hängematten durch das Dorf. Unsere Familien blieben in Hamburg.

Die Koppel hatten wir in 96 Abschnitte aufgeteilt und unser Vorstand erhielt für den Einkauf von Baustoffen, für jeden Siedler einen Kredit von RM 5.500--. Einige Hürden hatten wir übersprungen, doch die nächste stand bereit. Wir und unsere Frauen mussten ein Gesundheitsattest und den arischen Nachweis erbringen. Auch geschafft.

Jetzt endlich begann, unter der Leitung eines Poliers, der Aufbau. Mancher Schweißtropfen wurde vergossen, bis uns der Winter eine Ruhepause verschaffte. Im Frühjahr 1934 ging es weiter. Durch unsere harte Arbeit und unseren großen Ehrgeiz wurde ein Bau nach dem anderen richtfertig. Kaum waren die Häuser mit Dachpfannen eingedeckt, zogen die ersten Siedler im Juli 1934 ein. Man schlief unterm Dach, denn Türen gab's noch nicht.

Ja, ja, wir mussten sparen. Die Unterstützung (für Arbeitslose – d.Verf.) im Land Schleswig -Holstein war 50 % niedriger als der Tarif in Hamburg. Wie unsere Frauen es fertig brachten damit zu wirtschaften, wissen sie wohl nur allein und das war ihr großer Beitrag an der Siedlung.

Auch der damalige Bürgermeister von Bünningstedt, Gustav Dabelstein, hatte großes Verständnis für unsere Belange. Wir haben alle den Mann, der die ganze Verwaltungsarbeit der Gemeinde alleine bewältigte, bewundert. Er hatte auf einmal noch 96 Familien zu betreuen, die alle von der Wohlfahrt lebten.

Das Häuflein der Unentwegten wurde immer kleiner, da nach und nach ein Siedler nach dem anderen Arbeit fand. Aber es wurde doch geschafft und im Herbst 1935 konnte die Siedlung fertig gemeldet werden. Der Vorstand hatte gut gewirtschaftet. Es bekam jeder Siedler noch diverse Gartengeräte und Obstbäume geliefert.

Unser Siedlerdasein konnten wir jetzt richtig genießen. Hühner, Kaninchen und Schweine wurden gehalten, das erste Gemüse geerntet und abends plauschte man gern bei Petroleum- oder gar Gaslampe mit dem Nachbarn. Auch an den Wasserpumpen, die ca. vor jedem vierten Haus standen, wurde mancher Klönschnack gehalten. Wer abends versäumte sich einen Wasservorrat zu holen, musste morgens etliche Eimer abpumpen oder die Pumpe gar enteisen, um frisches Wasser zu haben. Jetzt endlich bekamen wir auch elektrisches Licht. Ab 1936 hatten es auch unsere Kinder leichter. Der weite Weg zur Schloss-Schule fiel weg, da die Reesenbütteler Schule eingeweiht wurde.

Doch die schöne Zeit war nur kurz. Väter und Söhne mussten 1939 in den Krieg. Es waren harte Jahre und Nachbarschaftshilfe wurde groß geschrieben. Hamburger Freunde und Verwandte suchten bei uns Zuflucht vor den Fliegerangriffen von denen auch wir nicht verschont blieben. Aus der Ferne sahen wir 1943 unsere frühere Heimat in Schutt und Asche fallen. Rauchwolken verdunkelten bis zum späten Nachmittag den Himmel. Der Garten, die Viehhaltung und die nahen Wälder halfen uns diese schwere Zeit zu überstehen. 1945 wurden die kleinen Häuschen mit Flüchtlingen aus dem Osten überbelegt. Der Krieg war zu Ende. Nicht jeder, der ins Feld zog kam zurück.

Doch nicht genug, eines Tages wurden wir Männer mit einem LKW abtransportiert. Gott sei Dank, die Engländer waren human und ließen uns am nächsten Tag wieder laufen. Bis zur Währungsreform 1948 mussten wir noch ganz schön knapsen. Dann kam auch endlich die Wasserleitung, die Plumpsklosetts gehörten der Vergangenheit an. Die Straßen bekamen eine schöne Teerdecke. Es ging wieder bergauf.

Gemeinsam in Ammersbek

1978 wurde durch den Zusammenschluss von Bünningstedt und Hoisbüttel die Gemeinde Ammersbek gegründet. 1972 hatten sich schon die beiden SPD-Ortsvereine zusammengetan. Erster SPD-Bürgermeister der „Groß-Gemeinde“ wurde Werner Schwiderski. In der Gemeindevertretung wechselten sich die Mehrheiten ab. Immer aber war eine starke SPD-Fraktion engagiert, unsere Gemeinde mitzugestalten. Jetzt hoffen unsere Kandidatinnen und Kandidaten, dass sie am 26. Mai 2013 wieder mit einer starken Truppe ins Rathaus einziehen können.



Werner Schwiderski (SPD) war der erste Bürgermeister der neuen Gemeinde Ammersbek. Hier besichtigt er gemeinsam mit Louis Biesters Schwiebertochter Grete und MdB Eckart Kuhlwein (links) den alten Pferdestall in Hoisbüttel, aus dem ein Dorfgemeinschaftshaus werden sollte.

Vor dem Zusammenschluss der beiden Gemeinden hatten sich die gewählten Vertreter und Vertreterinnen mehrfach getroffen, um die Bedingungen zu klären. Aus dem Gemeindearchiv (zweite Reihe von links): Schröter, Timmermann, Franz Kruse (SPD, Bürgermeister von Bünningstedt), Frau Abraham, Bremer. Vordere Reihe: Rughase, Alfred Relling (SPD), Georg Sasse (CDU, Bürgermeister von Hoisbüttel), Bremer.



Auch die große Politik kam nach Stormarn



In den vielen Wahlkämpfen seit 1946 kam auch immer wieder die große Politik nach Stormarn. Sehr früh schon waren es der langjährige Minister und Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner (2. von links) und Berlins Regierender Bürgermeister und späterer Bundeskanzler Willy Brandt – hier mit dem Bünningstedter Otto Gramcko (links) und Heinz Beusen aus Ahrensburg.

Und im Bundestagswahlkampf 1994 kam sogar der Saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine nach Ammersbek, links Ingeborg Reckling, langjährige Bürgervorsteherin, rechts MdB Eckart Kuhlwein.



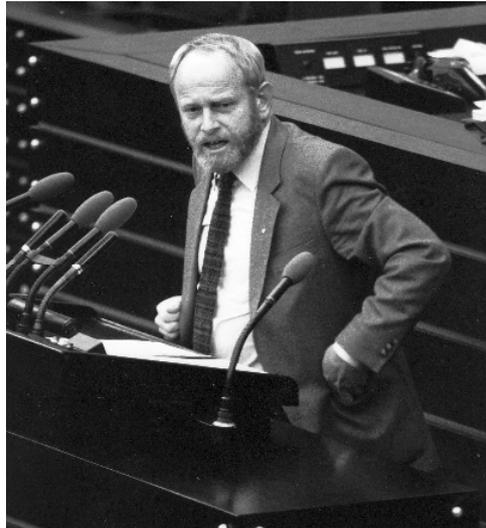


Auch der frühere Hamburger Bürgermeister Ortwin Runde (später MdB) war beim Ortsverein Ammersbek gern zu Gast – hier mit der Vorsitzenden Rita Thönnies. Immerhin hatte er früher beim SV Hoisdütel Fußball gespielt und viele seiner Fans kamen zur Informationsstunde über die Weltfinanzmarktkrise.

Ammersbeker SPD-Abgeordnete im Bundestag

Auch im Bundestag hat die Ammersbeker SPD mit Abgeordneten aus dem Ortsteil Bünningstedt-Rehagen in der Tradition von Louis Biester auf sich aufmerksam gemacht.

Eckart Kuhlwein gehörte dem Hohen Haus von 1976 bis 1998 an, war Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Vorsitzender einer Enquete-Kommission „Bildung 2000“ und Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft.



Franz Thönnies gehört dem Bundestag seit 1994 an und kandidiert auch im September 2013 wieder. Er war stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Gesundheit und Soziale Sicherung sowie beim Bundesminister für Arbeit und Soziales. Heute kümmert er sich im Auswärtigen Ausschuss vor allem um die Beziehungen zu den Ostsee-Anrainern und Russland.

Hrsg. SPD-Ortsverein Ammersbek,
verantwortlich: Eckart Kuhlwein

Quellen:

Hans-Jürgen Perrey – Louis Biester – Geschichte eines politischen Lebens,
Schwanenverlag Berkenthin 2005

Klaus Klingner: 100 Jahre Sozialdemokratische Volksvertreter 1884-1984
für Altona – Stormarn – Wandsbek, unveröffentlichtes Manu-
skript Bad Oldesloe 1984

Rolf Hupfeld – zitiert im „Hamburger Abendblatt“ ca. 2006

Chronik des „Siedlerbunds Daheim e.V. 1932“

Antje Schröder: Mein logischer (!) Weg in die SPD, Ahrensburg 2012

Fotos:

Archiv Deutscher Bundestag,

Kreisarchiv Stormarn,

Archivgemeinschaft Ahrensburg-Ammersbek



Die politischen Erben der frühen SPD-Mitglieder in Hoisbüttel und Bünningstedt treten am 26. Mai 2013 in Ammersbek zur Kommunalwahl an

(von links nach rechts):

Ingeborg Reckling, Jürgen Ehrig, Bettina Schäfer, Rita Thönnies, Jürgen Kestien, Sigrid Kuhlwein (für den Kreistag), Holger Lehmann, Gabriele Last, Sven Schäfer und Gunter Last.